

Rolf A. E. Müller

Das Internet, die Politik und die GIL – Ende der Politikabstinenz?

Zeit und Wandel

Wer nicht mit der Zeit geht, wird von ihr übergangen. Die Zeit - das sind die Veränderungen in unserem privaten, aber vor allem in unserem technologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umfeld - kümmert sich nicht um die Beharrungswünsche und Unbeweglichkeiten einzelner Menschen und Organisationen. Selbst ganze Staaten wurden von der Zeit überholt und sind nur noch verblassende Erinnerung.

Mit der Zeit gehen kann man als Wegbereiter, als Mitläufer oder als Nachzügler. Wege bereiten erfordert Zielorientierung und die Kraft, neue Wege zu beschreiten. Mitläufer erkennen die Notwendigkeit zum Wandel, gestalten ihn aber nicht, und Nachzügler folgen aus der Furcht, Opfer ihrer Zeit zu werden.

Die GIL zählt sich zu den Wegbereitern des Übergangs der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft in die Informationsgesellschaft. Damit die GIL ihren Selbstanspruch erfüllen kann, muss sie von Zeit zu Zeit ihre Ziele überprüfen und sich fragen, ob neue Wege eingeschlagen werden müssen. Wir sind an solch einem Orientierungspunkt angekommen, an dem wir uns fragen müssen, ob wir unsere politische Abstinenz aufgeben sollen, um unseren Wegbereiteranspruch aufrechterhalten zu können.

Dieser Beitrag wäre weitgehend überflüssig, wäre ich der Überzeugung, wir sollten unsere Politikabstinenz beibehalten. Im Gegenteil, die GIL wird sich zunehmend mit politischen und gesellschaftlichen Fragen und Problemen befassen und Lösungsvorschläge erarbeiten müssen, will sie nicht zu einer stagnierenden, obskuren Gesellschaft verkommen, die von der Öffentlichkeit nicht oder nur schemenhaft wahrgenommen wird.

Um nicht missverstanden zu werden: es geht hier nicht um Politik als Streit der Parteien um die Wählerstimmen und um die Macht, den Apparat des Staates für die eigenen parteilichen Zwecke einzusetzen zu können. Es geht hier um Politik, verstanden als die Leitung oder die Beeinflussung der Leitung des Staates.

Im Folgenden werde ich zunächst die Notwendigkeit dieser Neuorientierung begründen. Danach skizziere ich einige agrar- und ernährungspolitische Handlungsfelder, auf denen die GIL ihre Kompetenz einbringen sollte. Meine Ausführungen sind hoffentlich nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit sondern der Ausgangspunkt für eine breitere Diskussion, hier in der ZAI oder im Web über GILServe.

Private und öffentliche Informationstechnologie

Die GIL wurde im Jahr 1981, im Jahr der Einführung des IBM-PC, gegründet. Die Entwicklung der GIL hat dem Moorschen Gesetz viel zu verdanken. Ohne exponentielles Leistungswachstum und Preisverfall hätten die Computer

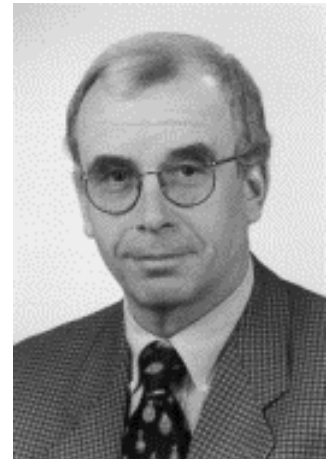
niemals die weite Verbreitung in Wissenschaft, Behörden und Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft gefunden, die sie jetzt haben. Die PCs wurden jedoch lange Zeit genau so eingesetzt, wie sie heißen: als persönlichen Hilfsmittel des Anwenders und abgeschieden aus dem öffentlichen Bereich. Daran änderte sich nichts, bis Mitte der 1990er Jahre das Internet der Allgemeinheit zugänglich wurde. Mit der Öffnung des Internet

verloren die PCs ihre private Abgeschiedenheit und wurden Tore zum Internet, dem bislang leistungsstärksten öffentlichen Kommunikationsmedium der Menschheit.

Niemand, der in der Politik Verantwortung trägt, kann der Versuchung lange widerstehen, eine neues Medium für politische Zwecke einzusetzen, und die Verwendung des Internet als Medium für die Verbreitung politischer Information ließ nicht lange auf sich warten. Einige von uns erinnern sich noch an den begründeten Stolz, mit dem unser ehemaliger Vorsitzender und damaliger Leiter der ZADI, Anton Mangstl, in der Stadthalle von Bad Godesberg die Website des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vorstellte, das als erstes Ministerium seinen Minister im Web präsentieren konnte. An dieser Verwendung des Internet hat sich grundsätzlich wenig geändert. Mit der raschen Verbreitung von Internetanschlüssen wurde das Internet zu einem Massenmedium, das von den staatlichen Organen ebenso oft zur Verbreitung von staatlicher Propaganda verwendet wird wie es auch der Bereitstellung von Informationsgütern aller Art dient. Damit war das Internet keine politisch neutrale Technologie mehr. Der Verlust der Neutralität zeigt sich auch in den vielfältigen Versuchen des Staates, das Internet zu regulieren und dessen Verwendung in gewünschte Bahnen zu lenken.

Die digitale IT in der Agrar- und Ernährungspolitik

Wenn PolitikerInnen das Internet für Propaganda, d.h. als Mittel der Machtpolitik, verwenden, ist das für die GIL ohne Belang. Von Interesse für die GIL sind jedoch jene Politiken, die entweder die Entwicklung der digitalen IT und ihre Anwendungspotenziale in der Agrar-, Forst- und Ernährungswirtschaft beeinflussen oder die darauf abzielen, die digitale IT für die Erledigung staatlicher Aufgaben einzusetzen.



In Bezug auf die Maßnahmen der Agrarpolitik zur Förderung der digitalen IT in der Agrar- und Ernährungswirtschaft ist das augenfällige Merkmal ihre vollständige Nichtexistenz. Dies ist erstaunlich angesichts des Stadt-Land-Gefälles in der Internetverbreitung und angesichts der vielfältigen sonstigen Förderungen von Forschung und Entwicklung in der Landwirtschaft. Bei der Verwendung der digitalen IT für die Erledigung staatlicher Aufgaben hingegen legt der Staat z.Z. einen Aktivismus an den Tag, der bestimmte Formen des Staatsversagens befürchten lässt.

Natürlich vermag im Augenblick niemand zu sagen, ob, gemessen an plausiblen Standards, die IT-Förderung in der Agrarwirtschaft und im Agribusiness tatsächlich zu niedrig und die Verwendung der digitalen IT durch die Behörden in der Land- und Ernährungswirtschaft bei der Erledigung ihrer eigenen Kommunikations- und Informationsaufgaben tatsächlich exzessiv ist. Dass beide derzeit auf bestmöglichem Niveau betrieben werden, ist allerdings unwahrscheinlich. Beide Aktivitäten des Staates sind jedoch von Belang für die betroffenen Landwirte und Unternehmen: im einen Fall erhielten sie zuwenig Unterstützung durch den Staat, im anderen Fall ist nicht auszuschließen, dass der Staat mehr Aufwand und Aufmerksamkeit seitens der Landwirte und Unternehmen für sich beansprucht, als sich vernünftigerweise rechtfertigen lässt.

Herausforderungen an die GIL

Der Zweck der GIL, die Aufgaben, die sie sich selbst gestellt hat, sind in ihrer Satzung festgelegt: Förderung der Forschung, Austausch von Erkenntnissen und Erfahrungen, Aus- und Weiterbildung, alles auf dem Gebiet der Informatik in der Land-, Forst-, und Ernährungswirtschaft. Politikanalyse, -beurteilung und kritische Würdigung der Politik werden in der Satzung nicht erwähnt. Das ist auch gar nicht nötig. Denn wie lässt sich in der Land- und Forstwirtschaft, einem Wirtschaftszweig, der wie kein anderer vom Staat abhängig ist, die Informatikforschung wirksamer fördern, als durch die Beeinflussung der staatlichen Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Agrarinformatik? Wie lässt sich in einem Staat, in dem, mit den Worten von Michael Zöllner "alles politisch und Politik alles" ist, die Agrarinformatik wirksamer fördern als durch die gezielte Weitergabe von Erkenntnissen und Erfahrungen an die politisch Verantwortlichen? Wie lässt sich in einem Staat, der die Ausbildung weitgehend verstaatlicht hat, die Aus- und Weiterbildung in der Agrar-, Forst- und Ernährungsinformatik wirksamer verbessern, als durch die Beeinflussung der verantwortlichen Gremien, Behörden und Politiker?

Die GIL hat das alles bisher nicht getan. Sie hat sich auf private Verwendung der digitalen IT fokussiert und sich auf private Maßnahmen verlassen: aus eigenen Kräften Tagungen und Workshops organisiert, aus eigenen Mitteln Bücher und Zeitschriften publiziert, aus eigenen Einnahmen Preise für besondere Forschungsleistungen vergeben und Studierende die Reisen zu ihren Tagungen finanziert. Das alles ist richtig und soll beibehalten werden. Aber es genügt nicht mehr. In einem Staat, in dem die digitale Informationstechnologie zu einem Instrument der Politik geworden ist, müssen auch die GIL und ihre Mitglieder politisch handeln. Das heißt, wir müssen mit ganzer Kraft versuchen, die Politik für unsere

Aktivitäten zu interessieren, um die Unterstützung des Staates für unsere Aktivitäten zu erhalten. Und wir müssen den Mut haben und die Kompetenz erwerben, politische Fehlentwicklungen in der Förderung und staatlichen Verwendung der digitalen IT zu erkennen, zu bewerten und unsere Erkenntnisse der Politik zu verdeutlichen. Wenn es uns nicht gelingt, einerseits Staat und Politik für unsere Aufgabe zu interessieren und andererseits unsere fachliche Kompetenz in die politische Diskussion einzubringen, werden Anspruch und Wirkung der GIL zunehmend auseinanderklaffen und das Ansehen der GIL in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft wird erodieren.

Ich danke den Freunden und Kollegen vom GIL-Vorstand und Beirat, insbesondere H.-H. Sundermeier, für ihre konstruktiven Anmerkungen zu einer früheren Fassung des Editorials.

Rolf A. E. Müller,
Professor, Institut für Agrarökonomie, CAU Kiel,
Vorsitzender der GIL